Dino Trescher

Symbolische Kämpfe um soziale Macht

Zur Räson von Medienskandalen

Skandale erregen öffentliche Aufmerksamkeit, wie etwa seit einiger Zeit die Plagiatsskandale in der Wissenschaft. Doch wie konstituieren sie sich? Der Dreischritt zum Skandal erfolgt nach vereinfachtem sozialwissenschaftlichem Modell, indem auf einen Normbruch eines Akteurs dessen Aufdeckung erfolgt und eine breite öffentliche Empörung darüber einsetzt.[1] »Keine Reaktionen, kein Skandal«, fasst der Soziologe John Thompson ein zentrales Element seiner Sozialtheorie des Skandals zusammen. In seiner Analyse politischer Skandale in den USA betont Thompson, dass in einer Welt, die durch Medien transformiert ist, Skandale neue Formen der Sichtbarkeit bedeuten: Das Wesen von Skandalen liegt ihm zufolge im Kampf um symbolisches Kapital, in dem vor allem Reputation und Vertrauen auf dem Spiel stehen.[2] Was also macht Skandale zu Medienskandalen?

Einen entscheidenden Wandel im Skandalgeschehen haben moderne Gesellschaften mit der Entwicklung und dem damit verbundenen Anstieg medial vermittelter Kommunikation erfahren – ein Phänomen, das Thompson den »mediatisierten Skandal« nennt. Dieser ist nicht einfach nur ein Skandal, der von den Massenmedien aufgegriffen wird und unabhängig von diesen existiert. Vielmehr entwickelt sich ein Skandal erst durch massenmediale Kommunikation. Entscheidend sei, dass Skandale zunehmend an die medialen Formen der Kommunikation gekoppelt sind.[3] Diese Kopplung des Skandalgeschehens an Massenmedien konstituiert Medienskandale als »eigene Kategorie der Kommunikationspraxis«, die als »professionell produzierte Aussagenkomplexe des Mediensystems« das »Potenzial von publizistischen Brandsätzen«[4] entfalten können. Funktional betrachtet, betreibt Journalismus dabei eine Art Suche nach »blinden Flecken«, nach »Konfliktstellen im sozialen System« und leistet so einen wesentlichen Beitrag zur Bestimmung von sozial akzeptablen und sozial inakzeptablen Verhaltensmustern.[5] In modernen Gesellschaften dienen Massenmedien oft als »funktionale Stellvertreter der Öffentlichkeit«, folgern Frank Esser und Uwe Hartung in ihrer Untersuchung von politischen Skandalen in der Bundesrepublik.[6] Diese Perspektive ist auch für Burkhardts Theorie der Medienskandale zentral: Journalisten produzieren Medienskandale in erster Linie für die Gesellschaft. Skandale sind demnach nicht das Thema der journalistischen Berichterstattung, sondern vielmehr ihr Produkt.[7] Medien produzieren Skandale, indem sie Ereignissen oder Entwicklungen eine spezifische Erzählform, ein sogenanntes narratives Framing geben, das als Skandal etikettiert wird.[8] Dabei vermittelt der Nachrichtenjournalismus der Gesellschaft die politischen Dimensionen der vermeintlichen Normverletzungen und konstruiert damit »tendenziell die eigentliche Sprengkraft von Skandalen in der Mediengesellschaft«. Dessen Wirkung wird im Zusammenspiel mit dem Boulevardjournalismus verstärkt, indem aus dem Privatleben der Skandalisierten berichtet und die moralische Beurteilung des Sachverhalts betont wird. Die Analyse medialer Skandalisierung gibt deshalb Auskunft darüber, wie in modernen Gesellschaften »komplexe Deutungskämpfe um soziales und symbolisches Kapital« ausgetragen werden. Medienskandale erfüllen damit die Funktion »symbolischer Bürgerkriege, in denen feindliche Diskurskoalitionen um soziale Macht kämpfen«[9]. Vor diesem medienkonstruktivistischen Theoriehintergrund produziert Journalismus vereinfachte episodische Erzählungen und stellt Bezug her zum politischen Geschehen. Denn große Medienskandale zeichnen sich durch eine starke Repräsentation politischer Akteure in der Berichterstattung aus – im Unterschied zu Skandalen geringerer Reichweite. Durch diese Politisierung wird »im Medienskandal an einem Fallbeispiel der politische Kosmos einer Gesellschaft« diskutiert.[10]

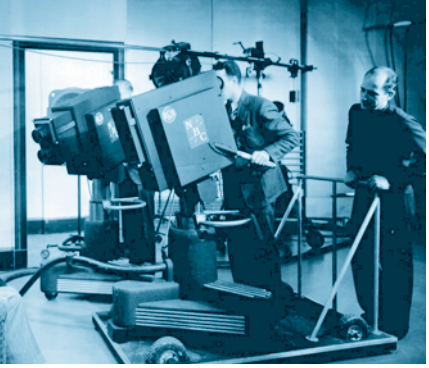
Den Kosmos der Skandale in Deutschland hat neben vielen anderen auch Hans Mathias Kepplinger untersucht. Empirisch betrachtet, ist die entscheidende Vor-

aussetzung für die Skandalisierung eines Missstands eine relativ kontinuierliche Berichterstattung mit anklagendem Tonfall.[11] Ein zentrales Fazit von Kepplingers Forschung: Während die Frequenz der Skandale zunimmt, werden die Missstände weniger. Vor allem hat sich von den fünfziger und sechziger Jahren bis heute das Verhältnis von Miseren und Skandalen grundlegend umgekehrt. Während es laut Kepplinger früher große Missstände und allenfalls kleine Skandale gab, gibt es heute mehr Skandale, auch bei kleinen Normverstößen.[12] Die Skandalisierung am mittelalterlichen Pranger und jene am modernen Medienpranger teilen eine Gemeinsamkeit: Es geht nicht um Aufklärung, sondern um einen »Kampf um Deutungshoheit« – um die Frage, »wer die gesellschaftlich relevante[n] Wahrheiten wie feststellt, wer auf welche Weise ermittelt, was wir als Realität akzeptieren«[13].

Doch welche Normverletzungen werden zum Medienskandal und welche nicht? Die öffentlichen Reaktionen externer Akteure spielen bei dieser zentralen Frage im Skandalgeschehen die entscheidende Rolle, betont der Politikwissenschaftler Robert Entman von der George-Washington-Universität in Washington, D. C. Im Rahmen seiner Untersuchung der Medienreaktionen bei Verfehlungen von US-Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten kommt er zu dem Schluss, dass im Allgemeinen die Größenordnung eines Skandals mehr von den manipulativen Fähigkeiten der Skandalisierer und ihrer Gegenspieler bestimmt wird als von stichhaltigen Urteilen über die Fakten des Vergehens und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen. Verglichen mit der großen Aufmerksamkeit, welche die Finanzinvestitionen von Bill und Hillary Clinton im Whitewater-Skandal erregten, schenkten die Medien relativ wenig Beachtung dem Verkauf von Aktienanteilen am Erdöl- und Gasproduzenten Harken Energy durch George W. Bush kurz vor einem erheblichen Kursverlust – was den Vorwurf des Insider-Geschäfts begründete. Auch im Präsidentschaftswahlkampf 2004 zwischen George W. Bush und John Kerry hat das Verhalten beider Kandidaten im Vietnamkrieg unterschiedliche Medienresonanz erfahren: Während der mehrfach ausgezeichnete Vietnamveteran Kerry sich wiederholt zu Fragen nach Defiziten in seiner Dienstzeit verteidigen musste, unterblieben hartnäckige Fragen an Bush. Dessen Dienstzeit in Texas wies Lücken auf, er verlor seine Fluglizenz und wurde dennoch ehrenvoll aus dem Militärdienst entlassen. Entman sieht Journalisten als »Wachhunde« in der Pflicht, den Alarm entsprechend der Gefahr auszurichten, die Berichterstattung gleichsam zu »kalibrieren«, um so die Gleichbehandlung in der Berichterstattung zwischen den Fahnenträgern beider Parteien sicherzustellen.[14]

Einen grundlegenden Wandel im Skandalschema konstatiert Bernhard Pörksen im Internetzeitalter im Web 2.0. In einem Vortrag im Rahmen der »re:publica« in Berlin im Mai 2012 skizzierte er folgende Veränderungen: Einzelne Internet-Rechercheure treten als neue Enthüller auf – durch neue Werkzeuge wie Smartphones, Blogs und Wikis ist im Internetzeitalter nahezu jeder im Besitz von »Allzweckwaffen der Skandalisierung«. Dies begünstigt Skandalthemen, die weniger vom »massenmedialen Diktat der Relevanz« als vom »universalen Diktat der Interessantheit« geprägt sind. Und weil niemand mehr weiß, was andere im nächsten Moment im Internet tun, entstehen durch permanente Präsenz der digitalen Inhalte neue Formen der Ungewissheit und des Steuerungsverlustes.[15] »Nichts versendet sich mehr und das Publikum ist die neue Macht«, folgert Pörksen. Denn die klassische Reihenfolge im Prozess der Skandalisierung – auf Normverletzung folgt Enthüllung und dann die Entscheidung von Journalisten zu berichten – lässt sich im digitalen Zeitalter umdrehen. Das Publikum selbst, so Pörksen, kann etwa in Blog-Einträgen ein Empörungsangebot lancieren. Beispielhaft sei hier das folgenreiche Interview des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler mit einem Journalisten im Flugzeug genannt, das sich massenmedial längst ›versendet‹ hatte, also unbeachtet blieb, dann aber nach Hinweis eines Tübinger Studenten von den Massenmedien erneut aufgegriffen und »mit neuer Wucht« versorgt wurde.

Was folgt aus der medialen Mischung aus Medien- und Publikumsreaktionen? Es scheint, als hätten die neuen Formen der Sichtbarkeit tatsächlich eine andere Dynamik im Deutungskampf um sozial verantwortbares und unverantwortbares Verhalten entwickelt. Dies veranschaulichen neben den Medienskandalen um die beiden ehemaligen Bundespräsidenten Köhler und Wulff insbesondere die Plagiatsfälle von Karl-Theodor zu Guttenberg und jüngst der Entzug des Doktortitels von Annette Schavan. Der Rücktritt von Schavan als Bundesforschungsministerin zeigt, wie in Fällen von Plagiatsvorwürfen komplexe Deutungskämpfe um soziales Kapital in Form von wissenschaftlicher Reputation geführt werden und Macht aktualisiert wird. Im Fall Schavan hat das soziale System Wissenschaft – kraft Deutungshoheit des



Fakultätsrats der Universität Düsseldorf – die Plagiatsvorwürfe im Steuerungscode ›wahr/unwahr‹ für wahr entschieden. Im System Politik wiegt dieser Verlust von sozialem Kapital so schwer, dass im Steuerungscode von ›Macht/keine Macht‹ der Rücktritt folgte. Nicht zufällig gerät im Scheinwerferlicht der Debatte die Verantwortung von Wissenschaftlern und Wissenschaftsorganisationen für ihr eigenes Handeln in den Fokus. Diese Verantwortung, die im Kern wissenschaftliche Redlichkeit bedeutet, erfordert insbesondere bei Zitaten, »eigene und fremde Vorarbeiten vollständig und korrekt nachzuweisen«[16]. Der Fall Schavan kann damit als ein jüngstes Beispiel für die Folgen neuer Formen von Sichtbarkeit wissenschaftlicher Normverstöße gewertet werden.

Darüber hinaus verweist der Fall auf Folgenprobleme der digitalen Revolution: Die mediale Dauerbeobachtung und die Geschwindigkeit des Informationsaustauschs führen zu einer zunehmenden Sichtbarkeit von potenziellen Normverletzungen und zu einem Druck auf Akteure, ihr Verhalten zu rechtfertigen. Die öffentliche Erklärung wird wiederum zum Ereignis für die Berichterstattung, die ›digitale Drifts‹ nach sich ziehen kann – in der Logik von sich positiv wie negativ selbst verstärkenden Rückkopplungen in medial vermittelten Öffentlichkeiten. In diesen wird Aufmerksamkeit von Massenmedienunternehmen zunehmend ökonomisiert. Im Sinne Thompsons entspricht dies der hochfrequenten Ab- und Aufwertung von sozialem Kapital – ein Prozess, der nicht zufällig Analogien zu den auf Höchstgeschwindigkeit hin ausgerichteten Handelssystemen der Wertpapierbörsen aufweist.

1 F. Bösch: »Kampf um Normen: Skandale in historischer Perspektive«, in: K. Bulkow und C. Petersen (Hg.): *Skandale*. Wiesbaden 2011, S. 29–48 (vgl. den Beitrag im vorliegenden Heft)
2 J. B. Thompson: *Political Scandal: Power and Visibility in the Media Age*. Cambridge 2000, S. 245 f.
3 Ebd., S. 31 f.
4 S. Burkhardt: *Der Medienskandal. Zur moralischen Sprengkraft öffentlicher Diskurse*. Köln 2006, S. 405
5 Ebd., S. 388 ff.
6 F. Esser und U. Hartung: »Nazis, Pollution, and no Sex: Political Scandals as a Reflection of Political Culture in Germany«, in: *American Behavioral Scientist* 47/8 (2004), S. 1048
7 S. Burkhardt: »Skandal, medialisierter Skandal, Medienskandal: Eine Typologie öffentlicher Empörung«, in: K. Bulkow und C. Petersen (Hg.): *Skandale*, a. a. O., S. 161
8 Ebd., S. 132
9 S. Burkhardt: *Der Medienskandal*, a. a. O., S. 367 und 381 ff.
10 Ebd., S. 400 f.
11 H. M. Kepplinger: »Ist die funktionalistische Skandaltheorie empirisch haltbar?«, in: ders.: *Publizistische Konflikte und Skandale*. Wiesbaden 2009, S. 197 f.
12 H. M. Kepplinger: »Bis zum Platzen«. Veröffentlicht am 16. Juni 2012, in: *Der Tagesspiegel*, S. 6.
13 H. M. Kepplinger: »Ist die funktionalistische Skandaltheorie empirisch haltbar?«, a. a. O., S. 145 ff.
14 R. M. Entman: *Scandal and Silence: Media Responses to Presidential Misconduct*. Cambridge 2012, S. 204 f.
15 B. Pörksen: »Der entfesselte Skandal«, Vortrag auf der Bloggerkonferenz re:publica 2012, vgl. Youtube Video vom 22. 5. 2012, Berlin, `www.youtube.com/watch?v=1_ti46R9TRQ` (letzter Zugriff am 2. 5. 2013)
16 Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hg.): *Vorschläge zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis: Empfehlungen der Kommission »Selbstkontrolle in der Wissenschaft«. Denkschrift*. Weinheim 1998